

Die frühen Jahre der SWP: Vom Kalten Krieg zur internationalen Politik

Albrecht Zunker

2012 vollendet die Stiftung Wissenschaft und Politik ihre ersten fünfzig Jahre. Seit ihrer Gründung 1962 hat sie einen langen Weg zurückgelegt – in Inhalt und Präsentation ihrer Forschung wie geographisch: von Ebenhausen an der Isar zum Ludwigkirchplatz in Berlin. Dem Ziel ihrer Gründer, unabhängige wissenschaftliche Forschung zum Nutzen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben, ist sie ein halbes Jahrhundert lang treu geblieben.

Die Arbeit der vergangenen fünf Jahrzehnte hat ihren Niederschlag in vielen hundert Papieren, einer Unzahl von Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Beratungsgesprächen gefunden, Ausdruck des steten Bemühens, in wissenschaftlicher Unabhängigkeit, aber enger Tuchfühlung mit Parlament und Regierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik Vorausplanung und Perspektiven anzubieten. Wie weit die Angebote genutzt wurden, vielleicht sogar der Republik weiterhalfen oder sie zumindest vor Schaden bewahrten, müssen andere beurteilen. Aber eines lässt sich, so eine Formulierung des dritten Institutsdirektors, Christoph Bertram, in Anlehnung an Gertrude Stein sagen: Arbeit und Wirkung der Stiftung Wissenschaft und Politik in ihrem ersten halben Jahrhundert? Sie sind Regentropfen, die aufs Meer fielen. Ohne sie wäre es versalzen.

Anfänge im Zeichen von Abrüstung und Rüstungskontrolle

Klaus Ritter, der künftige Gründungs- und langjährige Institutsdirektor, hatte während eines USA-Sabbaticals 1959/60 die ihn faszinierende Art des Umgangs mit politischen Problemen auf Seiten der dortigen Wissenschaft erlebt. Sie stand in deutlichem Gegensatz zu der Lage in der jungen Bundesrepublik. Hier hatte das »Keuschheitsgebot« der Wissenschaft – »reiner« Erkenntnis, »Wahrheit« und »Wertfreiheit«

verpflichtet – noch deutliche Wirkungskraft. Nach vielen Gesprächen mit Henry Kissinger, Arnold Wolfers und anderen war Ritter bei seiner Rückkehr fest zu dem Versuch entschlossen, eine wissenschaftliche Institution aufzubauen, die Fragen, denen sich Politik im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik aktuell oder absehbar stellen muss, als Aufgabe der Forschung versteht. Um diesen Entschluss umzusetzen, brauchte es Mitstreiter, Unterstützer und Helfer aus Wissenschaft, Wirtschaft

und öffentlichem Leben, die sich zu einem Verein zusammenschlossen. Die rund dreißig Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft »Wissenschaft und Politik« e. V. engagierten sich für ein unabhängiges Institut, das praxisorientierte Forschung zum Nutzen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik betreiben sollte. Ein Novum in der deutschen Wissenschaftslandschaft. Im Juni 1962 verabschiedeten sie die erste Satzung der privaten, gemeinnützigen »Stiftung Wissenschaft und Politik«: »Zweck der Stiftung ist es [...] wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Politik [später ergänzt durch »einschließlich Verteidigungsfragen«] der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft und der modernen Technologien durchzuführen«. Dem Schatzmeister des Vereins, Richard von Weizsäcker, gelang es zügig, das zur Gründung notwendige Stiftungskapital einzuwerben.

Hinzu kommen musste allerdings ein festes Fundament staatlicher Unterstützung der privaten Gründung, die weit über die ersten kleinen Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für die Anmietung eines Hauses in Ebenhausen und den Aufbau einer Bibliothek hinausging. Die Chance auf ein solches Fundament eröffnete sich im Gefolge des neuen, lebhaften Interesses der Bonner Politik an Fragen der nuklearen Strategie wie der Rüstungskontrolle. Der auf Seiten der Politik empfundene Mangel an wissenschaftlichem Unterfutter in diesen drängenden Fragen führte bereits 1963 zu einer Staatssekretärsbesprechung im Bundeskanzleramt. Ihr Ergebnis: Die bereits vollzogene Gründung der SWP liegt grundsätzlich im Interesse des Bundes. Die vorläufige Federführung für die dann 1964 abgeschlossenen Verhandlungen zur Beteiligung des Bundes übernahm das Auswärtige Amt.

Was genauer begründete das Interesse des Bundes? Die bundesdeutsche Politik hatte einigen Grund zur Befürchtung, die Supermächte könnten sich über die Interessen der Bundesrepublik hinwegsetzen. Als erstes Alarmsignal galt nach der Kubakrise 1962 das Atomteststoppabkommen

zwischen den USA, der Sowjetunion und Großbritannien, über das die Bundesregierung zur höchsten Verärgerung Adenauers erst zwei Tage vor Paraphierung unterrichtet worden war und das – *horribile dictu!* – einer Unterzeichnung auch durch die DDR offenstand. Seit Anfang 1964 lag der Genfer Achtzehn-Mächte-Abrüstungskonferenz der amerikanische Vorschlag vor, nukleare Waffen nicht in die nationale Verfügung von Nichtkernwaffenstaaten zu geben und jede Weitergabe von Nuklearmaterial für zivile Zwecke von internationalen Kontrollregelungen abhängig zu machen.

Damit waren nicht nur die Pläne zur Bildung einer nuklearen Multilateral Force (MLF) im Bündnisrahmen gefährdet, auch die zivile Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken drohte behindert zu werden. So war es nur konsequent, dass zuerst die SPD-Fraktion, dann auch die beiden anderen Bundestagsfraktionen die Bundesregierung drängten, sich durch den Ausbau ihrer Organisation und den Aufbau wissenschaftlicher Expertise in die Lage zu versetzen, die bevorstehenden Verhandlungsprozesse aktiv und mit eigenen Vorschlägen zu begleiten.

Am 21. Januar 1965 ersuchte der Bundestag einstimmig die Regierung Erhard, im Auswärtigen Amt einen Beauftragten für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu bestellen und »einen Vorschlag für die Schaffung einer unabhängigen Forschungsstelle für Fragen der Strategie, der Abrüstung und der Rüstungskontrolle sowie verwandter Gebiete zu erarbeiten und diesen Vorschlag dem Bundestag vorzulegen.« Anderthalb Jahre später war es endlich so weit: Die Bundesregierung erklärte ihre Absicht, »die bereits bestehende Stiftung Wissenschaft und Politik als die gewünschte unabhängige Forschungsstelle zu betrachten«. Gleichzeitig wurde die Federführung innerhalb der Bundesregierung vom Bundeskanzleramt übernommen. Dass das Parlament den entscheidenden Schritt zur Beteiligung des Bundes an der Stiftung gab, sollte auch künftig für ihre Arbeit von großer Bedeutung bleiben.

Grundlegung politikbezogener Forschung und Nuklearproblematik als erste Aufgabenfelder

Dem nach der Bundesbeteiligung neuen Stiftungsrat gehören neben unabhängigen Persönlichkeiten auch ranghohe Vertreter der Ministerien wie der Bundestagsfraktionen an. Geleitet vom Präsidenten – seit über dreißig Jahren ein gewichtiger Vertreter der Wirtschaft – und zwei Vizepräsidenten, von denen einer seit 1972 immer der amtierende Chef des Bundeskanzleramtes ist, wirkt der Stiftungsrat bis heute als Schutzschild gegen parteipolitische Zugriffe wie bürokratische Gängeleien.

In den beiden vom Stiftungsrat beschlossenen Themenfeldern des ersten Forschungsprogramms (1964) schlugen sich die damals vorherrschenden Anliegen der Politik nieder:

»1. Bedeutung, Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Untersuchungen als Planungs- und Entscheidungshilfe im Feld der internationalen Politik.

2. Der Einfluss der Nutzung der Kernenergie auf die Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Zusammenhang der internationalen Beziehungen.«

Im ersten Forschungsfeld ging es um die Erkundung vor allem der führenden ausländischen Forschungseinrichtungen im Bereich internationaler Politik und Strategie, die dort entwickelten Arbeitsweisen, die Methodik sowie um die Erfassung der »Aktualität von Wissenschaft und Politik« angesichts »der Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft und der technischen Entwicklung«. Dies diente als Hintergrund für Arbeiten in dem zweiten, präziser formulierten Themenfeld, das in den weiteren Jahren des »Kalten Krieges« zum Schwerpunkt der SWP-Agenda werden sollte: der Rüstungskontrolle, der Atomstrategie und der Verteidigungspolitik.

»Gebt uns zehn Jahre Zeit; erst dann können wir nützlich sein« – so hatte ein Mitbegründer der RAND Corporation, einer der SWP in Teilen ihrer Aufgaben vergleichbaren Einrichtung, gegenüber dem US-Verteidigungsministerium beim Start argu-

mentiert. Aber ebenso wenig wie RAND wurde auch der SWP von den Ereignissen der internationalen Politik eine Schonfrist gewährt. Die größte Herausforderung war, geeignete Wissenschaftler für die in Deutschland noch unentwickelte Aufgabe politikbezogener Forschung zu rekrutieren. Ein DFG-Gutachten monierte am Beginn der sechziger Jahre zu Recht die »völlig unzureichende auslandswissenschaftliche Forschung« in der Bundesrepublik. Von der löblichen Ausnahme der FU Berlin abgesehen, dauerte es bis 1965, bevor an einer bundesdeutschen Universität eine erste Professur für Außen- und Internationale Politik eingerichtet wurde.

Der erste Direktor, Klaus Ritter, ließ sich davon nicht beirren. Sein von der Aufgabe gebotenes Konzept sah fünf interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppen vor: Internationale Politik; Wirtschafts- und Finanzfragen; Infrastrukturen; Sicherheitspolitik; Technologische Fragen. Aber erst allmählich konnten die Gruppen besetzt werden: zunächst gab es in Ebenhausen 1965 gerade einmal 12 wissenschaftliche Mitarbeiter, beim ersten Direktorenwechsel waren es dann immerhin 43.

Welches die ersten Ausarbeitungen waren, die auf Bonner Schreibtischen landeten, lässt sich nicht mehr eindeutig klären, da die überlieferte Liste der SWP-Arbeiten erst mit dem Januar 1967 beginnt. Einen Hinweis geben Vermerke des Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung vom Juli und August 1966, der die Stiftung um Stellungnahmen zu folgenden Fragen gebeten hatte:

»a) Sollte die Bundesrepublik Deutschland Antiraketen erwerben? Oder selbst herstellen? Wären wir durch den WEU-Vertrag daran gehindert? b) Würde uns das Nichtverbreitungsabkommen daran hindern, Antiraketen mit nuklearen Sprengköpfen unter nationale Verfügungsgewalt zu stellen? Wäre dies vom Standpunkt unserer Sicherheit aus gesehen eine wesentliche Beeinträchtigung?«

Im August 1966 listet er drei abgeschlossene SWP-Studien auf: »Wert und Durch-

führbarkeit eines europäischen ABM-Systems«, »Kossygin Vorschlag zum Verzicht auf Kernwaffeneinsatz gegen kernwaffenfreie Staaten« und »Kontrollregime gegenüber der Herstellung von Atomwaffen«.

Die erste klar als solche ausgewiesene SWP-Ausarbeitung wurde im Januar 1967 vorgelegt: »Auswirkungen eines Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen auf den zivilen Sektor technisch-industrieller Entwicklungen«, verfasst von dem Physiker Rudolf Botzian und dem Sicherheitspolitiker Uwe Nerlich. In den weiteren Monaten folgten zwölf Arbeiten, die ausnahmslos direkt die Problematik des Nichtverbreitungsvertrages behandelten. Hinzu kam eine Studie zum technischen Stand und den Entwicklungsmöglichkeiten einer Raketenabwehr. In diesen Feldern hatte sich die junge SWP als effektiver Berater der Bundesrepublik etabliert.

Die Herausforderung der Entspannung

1967/68 tauchten zwei weitere sicherheitspolitische Fragenkomplexe auf, die von den ersten Anzeichen ost-westlicher Entspannung geprägt waren: die Sorge um die Verbindung zu zwei wichtigen Alliierten – den USA und Frankreich – und die Auswirkungen möglicher Abrüstungsvereinbarungen zwischen Ost und West auf die Sicherheit Westdeutschlands.

Auf der Grundlage des 1964 geschlossenen Offset-Abkommens verlangte die amerikanische Regierung für die Stationierung ihrer Truppen einen angemessenen Devisenausgleich und drohte für den Fall einer deutschen Weigerung mit dem Teilabzug ihrer Streitkräfte. Folgerichtig untersuchte die SWP Motivation, Funktion und Evolution der amerikanischen Stationierungspolitik in Europa und erstellte mehrere Arbeiten zu den kritischen Verknüpfungen währungs- und sicherheitspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen – ein »Dauerthema« bis in die Mitte der siebziger Jahre. Auch die fran-

zösische Sicherheits- und Ostpolitik wurde nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der Nato-Integration in Ebenhausen unter die Lupe genommen.

Der zweite Themenstrang betraf Möglichkeiten von »militärischen Verdünnungsmaßnahmen in Zentraleuropa«, also frühe konzeptionelle Überlegungen in Vorbereitung auf jene späteren Ost-West-Verhandlungen, die ab 1968 von der Nato angeregt wurden und auf einen beiderseitigen und ausgewogenen Truppenabbau in Mitteleuropa (MBFR) zielten.

Schon die ersten, im Frühjahr 1969 vorgelegten SWP-Papiere zur Reduzierungsproblematik erregten in Bonn Aufmerksamkeit, weil sie eine Alternative zu den Kürzungsvorschlägen boten, die den Westen benachteiligten: Unter der Annahme, dass auf der Ostseite (ČSSR, Polen, DDR) zur Kontrolle der inneren Ordnung eine »Sockelstärke« von zehn sowjetischen Divisionen ausreiche, ergab sich auf beiden Seiten eine Reduzierung stationierter Truppen um 75 Prozent – das damals viel diskutierte »Modell 75« der SWP. Konventionelle Rüstungskontrolle, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen, schließlich die Frage der Mittelstreckenraketen, die später in der Nachrüstungsdebatte eine entscheidende Rolle spielen sollten, wurden mithin früh zu Kernbereichen der SWP-Forschung; die erste Arbeit über »Die sowjetischen Mittelstreckenraketen als Problem europäischer Sicherheit« erschien 1970.

Von Beginn an machte allerdings der Gründungsdirektor keinen Hehl daraus, dass er eine viel breiter angelegte Konzeption für den Institutsaufbau verfolgte. Die Ermutigung dazu kam von den westlichen Bemühungen, den Ost-West-Gegensatz allmählich aufzuweichen, nicht zuletzt die wirtschaftlichen Beziehungen auch politisch zu nutzen.

Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen bekamen insbesondere in den Jahren, in denen die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik in Richtung Osten keine oder nur wenig Bewegungsmöglichkeiten

hatte, ihre eigene, auf Herstellung und Ausweitung von Kooperation, auf die Schaffung von Interdependenzen zielende Bedeutung und wurden im Zusammenhang mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu einem Fokus der SWP-Untersuchungen. Dem entsprach 1967 eine Studie über »Probleme der Energieversorgung der Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) unter Berücksichtigung ihrer außenwirtschaftlichen Verflechtungen«, der im Jahr darauf eine Generalanalyse der Wirtschaften Osteuropas »im Hinblick auf Ansatzmöglichkeiten intersystemarer Annäherung« folgte.

Natürlich verlangten auch die europäischen, oft mühevollen Erweiterungs- und Einigungsprozesse forschender Begleitung. Bis heute liegt hier ein Feld praxisorientierter Analyse. In manchen Bereichen haben Fortschritte in diesen Prozessen Politik im EU-Rahmen zu einem Management von Interdependenzen werden lassen. Aber es scheint, als finde das einstige Ziel »Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik« noch lange in einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners seine Grenze.

Zunächst eher erratisch, dann sich verstetigend wurde auch die außereuropäische Welt Gegenstand der SWP-Forschung. Am Beginn steht eine Fallstudie zu Indien, dann zwei Arbeiten zu Lateinamerika, gefolgt von Untersuchungen zur japanischen Außenpolitik, zur sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung, zu Ost- und später auch zu Südafrika, zu Südost- und Südostasien und schließlich zum Persischen Golf und dem Mittleren Osten. Allerdings stieß diese Erweiterung des Themenspektrums bei manchen SWP-Strategen, die ihre zentrale Stellung im Institut gefährdet sahen, zunächst auf Kritik: dem ersten, 1971 eingestellten Islamwissenschaftler bedeuteten sie, er werde erst dann nützlich sein, wenn er über die Nato forsche.

Diese thematische und regionale Ausweitung entsprach der Überzeugung, »dass Sicherheit im Sinne von Friedenssicherung ein ziemlich durchgehender Aspekt unter-

schiedlichster Ausschnitte internationaler Entwicklung ist [...], [die einen] thematisch relativ ausgreifenden Ansatz bedingt« (Ritter). Das verlangte die Einbeziehung ordnungspolitischer, ökonomischer und regionaler Fragestellungen, eine Vorwegnahme dessen, was Jahre später unter dem Schlagwort des »erweiterten Sicherheitsbegriffs« diskutiert wurde.

Das Erbe von Ebenhausen

Solange die Zahl der Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, Assistenten und Sachbearbeiter im Forschungsbereich des Instituts klein war, konnten sie flexibel eingesetzt und interdisziplinär zusammengeführt werden. 1971 aber – der Forschungsbereich war inzwischen auf 38 Wissenschaftler und 26 Assistenzstellen gewachsen – wurde eine neue Struktur nötig: mit nunmehr vier Bereichen, gegliedert in zehn, dann zwölf »Fachgruppen«. Diese Struktur sollte fast zwanzig Jahre Bestand haben:

- I. Internationale Strukturentwicklungen (Schwerpunkt: Gesamteuropa, west- und osteuropäische sowie innerdeutsche Ordnungsprobleme);
- II. Internationale Sicherheit (Schwerpunkt: Europäische Sicherheit und deren Rahmenbedingungen);
- III. Wirtschaft und Ziviltechnologie (Schwerpunkt: Ansatzpunkte und Formen gesamteuropäischer und westeuropäischer Zusammenarbeit und Integration);
- IV. Außereuropäische Strukturentwicklungen (Schwerpunkt: Stabilisierende und destabilisierende Regionalentwicklungen mit besonderer Relevanz für europäische und deutsche Politik).

Die Gefahr einer solchen Struktur war eine doppelte: Hierarchisierung und Bürokratisierung. Genau das aber konnte gezielt vermieden werden. Den jeweiligen Fachgruppenleitern wurden nur solche Funktionen übertragen, die dem Zusammenhalt ihrer Gruppe dienten, Weisungsbefugnisse

erhielten sie nicht. Denn zu den Bedingungen gelingender Forschung gehören individuelle Kreativität, wissenschaftliche Freiheit und Neugier, interne Kommunikation von Gleich zu Gleich. Dies seit Ende der achtziger Jahre unter dem Direktor Michael Stürmer ergänzt um eine Struktur kollektiver Qualitätskontrolle. Nur diese Offenheit erlaubt dem einzelnen Wissenschaftler, in neue, seine Kompetenz erweiternde Felder vorzustoßen. Durch die Auflistung von Arbeiten langjähriger SWP-Mitarbeiter ließen sich solche Entwicklungswege leicht nachzeichnen.

Dieses Prinzip ist geblieben, auch wenn die Struktur von 1971 nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts und der deutschen Vereinigung keinen Bestand mehr haben konnte. 2001 gliederte die SWP Teile des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (früher Köln) und des Südost-Instituts (früher München) ein und nahm in Berlin ihre Arbeit auf. In äußeren Formen, in ihren »Produkten« und Veranstaltungen hat die SWP sich nach dem Umzug voll auf die Wirkungsmöglichkeiten in der Bundeshauptstadt und auf die Veränderungen des internationalen Gefüges eingestellt. Heute gibt es acht Forschungsgruppen mit mehr als 50 Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen (dazu Gastforscher, Stipendiaten usw.):

- ▶ EU-Integration
- ▶ EU-Außenbeziehungen
- ▶ Sicherheitspolitik
- ▶ Amerika
- ▶ Russland/GUS
- ▶ Naher/Mittlerer Osten und Afrika
- ▶ Asien
- ▶ Globale Fragen.

Zum 25-jährigen Jubiläum der SWP 1987 hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Mitgründer sowie beständiger Freund und Begleiter der Arbeit des Instituts, seine Grußadresse der Frage gewidmet: »Stiftung Wissenschaft und Politik: Eine Entwicklungsaufgabe?« Das Ziel der Gründungsphase, der Aufbau einer Institution politikbezogener Forschung, sei

zwar erreicht, ihr Erfolg durch die Qualität ihrer Arbeit belegt. Aber die noch nicht hinreichend gelöste Entwicklungsaufgabe läge darin, die »ganze Umwelt« des Instituts, von der Politik, ihren Bürokratien bis zu den Universitäten und den Medien, von der Relevanz dieser Art von Forschung immer wieder zu überzeugen. Es ist eine Aufgabe, die in Berlin andere und in manchem günstigere Voraussetzungen findet, als dies im »Gewächshaus« Ebenhausen möglich war. Allerdings ist die in der Bundeshauptstadt gesteigerte Hektik des Wettbewerbs um Aufmerksamkeit für wissenschaftliche Expertise nicht zu übersehen.

Aus dem Gewächshaus mit längst weit geöffneten Fenstern und Türen zur Politik, zur Presse und zur weiteren Öffentlichkeit ist eine sich mit den Veränderungen der internationalen Politik entwickelnde »Gartenkultur« geworden, in der Felder wie internationaler Terrorismus, Energieverfügbarkeit, Klimawandel, Demographieentwicklungen, Finanzwirren, aber auch die alten Bestände der Sicherheitspolitik gedeihen können. Darin liegt die Einzigartigkeit der durch solche Neuanpflanzungen jung gebliebenen SWP.

Diese Fähigkeit zu anhaltender Neugier und zur Einstellung auf neue Problemfelder des für Deutschland zusehends wichtigeren internationalen Umfelds hat die SWP aus Ebenhausen nach Berlin mitgenommen. Hierin liegt weiterhin die Einzigartigkeit der guten, alten, junggebliebenen SWP.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Dr. Albrecht Zunker

seit März 1977 Mitarbeiter, später Mitglied der Institutsleitung und bis August 2004 stellvertretender Direktor des »Instituts für internationale Politik und Sicherheit« der SWP.

In seinem materialreichen Buch

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Entwicklungsgeschichte einer Institution politikbezogener Forschung

(Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2007) – mit einer Vorrede von Volker Perthes

zeichnet er den langen Weg der Entstehung, des Aufbaus und der Entfaltung der SWP über mehr als vier Jahrzehnte nach – einen Weg, der sie am Beginn dieses Jahrhunderts unter Integration zweier verwandter Institute von Bayern in die Hauptstadt Berlin führte.

Vorstandsvorsitzende und Direktoren des Forschungsinstituts der SWP und deren Amtszeiten

Professor Dr. Klaus Ritter	1962–1988
Professor Dr. Michael Stürmer	1988–1998
Dr. Christoph Bertram	1998–2005
Professor Dr. Volker Perthes	seit 2005